FREIBERUFLER-TICKER vom 10. März 2023

1. Aktuelle und potenzielle volkswirtschaftliche Folgekosten der Klimakrise

Von 2000 bis 2021 sind in Deutschland mindestens 145 Milliarden Euro Schäden durch die Folgen der Klimakrise entstanden, alleine 80 Milliarden davon seit 2018. Bis zur Mitte des Jahrhunderts wird je nach Ausmaß der Erderwärmung mit kumulierten volkswirtschaftlichen Schäden in Höhe von 280 bis 900 Milliarden Euro gerechnet. Das ist das Ergebnis einer Studie, die am 6. März 2023 in Berlin vorgestellt wurde. Die Untersuchung wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz beauftragt und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz fachlich begleitet. Zu den finanziell messbaren Schäden kommen zahlreiche gesundheitliche Beeinträchtigungen, Todesfälle durch Hitze und Überflutungen, die Belastung von Ökosystemen, der Verlust von Artenvielfalt sowie die Minderung von Lebensqualität. Für die Studie systematisierten das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, die Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung und die Prognos AG die unterschiedlichen Kostendimensionen von Klimaschäden, analysierten die Schäden der Extremereignisse seit 2000 und modellierten zukünftige Schadens- und Anpassungskosten für unterschiedliche Handlungsfelder.

2. Deutschland zunehmend unattraktiv für Talente – OECD Indicators of Talent Attractiveness

Die Attraktivität Deutschlands für berufliche Talente aus dem Ausland sinkt weiter. Die neue OECD-Studie „Indicators of Talent Attractiveness“ ergab, dass sich die Rahmenbedingungen für hoch qualifizierte Fachkräfte, Unternehmerinnen und Unternehmer und Gründerinnen und Gründer aus dem Ausland in Deutschland weiterhin negativ entwickeln. Schon vor drei Jahren gehörte Deutschland nicht mehr zu den Top Ten, bei hoch qualifizierten Fachkräften ist Deutschland in den vergangenen drei Jahren von Platz zwölf auf 15 zurückgefallen. Die Studie analysiert für alle 38 OECD-Länder die Rahmenbedingungen, die für qualifizierte Migrantinnen und Migranten attraktiv sind, wie die Qualität der beruflichen Chancen, Einkommen und Steuern, auch die Visa-Vergabe wird untersucht. Bei Unternehmern liegt Deutschland auf Platz 13, bei Gründern an zwölfter Stelle. Besonders schlecht schneidet Deutschland bei den Befragten bei der Qualität der beruflichen Chancen ab. Nur für internationale Studierende ist Deutschland attraktiv, hier rangiert Deutschland auf Platz zwei nach den Vereinigten Staaten und vor dem Vereinigten Königreich.

3. Positiver Trend bei Aufnahme von beruflichen Talenten in SBB-Stipendien für die Freien Berufe

Die Zahl der geförderten beruflichen Talente in den Freien Berufen steigt an, im Vergleich zu 2020, um 11,17 Prozent. Die Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB) veröffentlichte in dieser Woche die Zahlen der Aufnahmen ins Weiterbildungs- und Aufstiegsstipendium für 2022 nach Ausbildungsbereichen. Die Kammern der Freien Berufe haben 2022 im Weiterbildungsstipendium 398 Neustipendiatinnen und -stipendiaten

aufgenommen. Damit geht es weiter aufwärts. 2020 waren es 358, 2021 391 für das Weiterbildungsstipendium. Die SBB betreut im Auftrag und mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zwei Stipendienprogramme: das Weiterbildungsstipendium und das Aufstiegsstipendium. Zudem ist die SBB erste Ansprechpartnerin für alle, die auf kompetente Informationen und Beratung rund um die Förderung beruflicher Talente setzen. Der BFB ist zusammen mit der Deutschen Industrie- und Handelskammer und dem Zentralverband des deutschen Handwerks seit der Gründung 1996 Gesellschafter der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung und stellt den Vorsitz des Verwaltungsrates.

4. Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss seit zehn Jahren auf hohem Niveau

Wie die Bertelsmann Stiftung am 6. März 2023 mitteilte, beendeten 2021 47.500 Jugendliche die Schule, ohne mindestens den Hauptschulabschluss erworben zu haben. Dies entspricht einem Anteil von sechs Prozent an allen gleichaltrigen Jugendlichen. Der Vergleich mit 2011 zeigt, dass die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss auf diesem Niveau stagniert. Diese Auswertungen beruhen auf einer Analyse aller Jugendlichen, die zum Ende ihrer Pflichtschulzeit keinen Schulabschluss erhalten. In dieser Gruppe befinden sich mit 60 Prozent mehr Jungen als Mädchen. Zudem sind junge Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft fast dreimal so oft vertreten wie Gleichaltrige mit deutscher Staatsangehörigkeit (13,4 zu 4,6 Prozent). Überdies gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während in Bayern lediglich 5,1 Prozent aller Abgängerinnen und Abgänger die Schule ohne Abschluss verlassen, sind es in Bremen mit zehn Prozent anteilig fast doppelt so viele. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Bertelsmann Stiftung empfehlen, an den Schulen die leistungsschwächeren Jugendlichen bestmöglich zu fördern. Dort könnten digitale Anwendungen bei der Früherkennung von Lernrückständen helfen. Überdies sollten die Bundesländer die sogenannte „Schülerdatennorm“ schneller umsetzen. Dieses 2020 beschlossene Instrument ermöglicht es den Ländern, die Daten von Schülerinnen und Schülern ohne berufliche Anschlussperspektive an die zuständigen Jobcenter zu übermitteln. Damit kann die Berufsberatung leichter mit den Jugendlichen in Kontakt treten, um Unterstützung für den Übergang in berufsbildende Maßnahmen anzubieten. Der BFB engagiert sich besonders in der Initiative „Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen“ des Senior Experten Service und kämpft zum Abfedern des Fachkräftemangels ebenfalls gegen steigende Schul- und Ausbildungsabbruchquoten.

5. Ausgaben je Schülerin und Schüler gegenüber 2020 um rund 500 Euro gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt Ende vergangener Woche mitteilte, gaben die öffentlichen Haushalte 2021 durchschnittlich 9.200 Euro für die Ausbildung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers aus, ein Plus von fünf Prozent zum Vorjahr. Aufgeteilt nach Ausgabearten entfielen von den Gesamtausgaben insgesamt 7.000 Euro auf Personalausgaben, rund 1.300 Euro auf Ausgaben für den laufenden Sachaufwand und weitere 900 Euro auf Investitionsausgaben. Zudem variieren die Ausgaben zwischen den Schularten deutlich. Während an den allgemeinbildenden Schulen 9.900 Euro pro Kopf aufgewendet wurden, lagen die Pro-Kopf-Ausgaben an den Grundschulen bei 8.000 Euro, an Gymnasien wurden je Schülerin

oder Schüler durchschnittlich 10.200 Euro ausgegeben. Außerdem lagen die Ausgaben an beruflichen Schulen im Vergleich deutlich niedriger: 2021 wurden insgesamt 6.400 Euro je Schülerin oder Schüler aufgewendet, ein Plus von sechs Prozent zum Vorjahr.

6. „Gender Gap Arbeitsmarkt“ – Neuer Indikator erweitert den Blickwinkel auf Verdienstungleichheit

Eine Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) vom 6. März 2023 stellt einen neuen Indikator für erweiterte Verdienstungleichheit zwischen Frauen und Männern vor, den „Gender Gap Arbeitsmarkt“. Der „Gender Gap Arbeitsmarkt“ berücksichtigt Unterschiede in Bruttostundenverdiensten, Arbeitszeit und Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern. Der „klassische“ Gender Pay Gap gilt als der zentrale Indikator für Verdienstungleichheit zwischen Frauen und Männern. Verdienstungleichheit begrenzt sich jedoch nicht nur auf Bruttostundenverdienste. Nicht am Erwerbsleben teilzunehmen oder in Teilzeit zu arbeiten, birgt mittel- bis langfristige Verdienstfolgen. Der „Gender Gap Arbeitsmarkt“ als neuer Indikator für erweiterte Verdienstungleichheit betrachtet mehrere Dimensionen: Neben der Verdienstlücke pro Stunde macht er Unterschiede in der bezahlten monatlichen Arbeitszeit (Gender Hours Gap) und in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern (Gender Employment Gap) sichtbar. Wie Destatis anlässlich des Equal Pay Day mitteilt, lag der Gender Gap Arbeitsmarkt im Jahr 2022 bei 39 Prozent, während der unbereinigte Gender Pay Gap 18 Prozent betrug.

7. Teilzeit im EU-Vergleich

Wie das Statistische Amt der Europäischen Union Ende vergangener Woche mitteilte, liegt der Anteil von Frauen, die Teilzeit arbeiten, höher als der von Männern. Die Analyse für die Europäische Union (EU) zeigt, dass der durchschnittliche Anteil weiblicher Teilzeitbeschäftigter an allen weiblichen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren im dritten Quartal 2022 mehr als dreimal so hoch war (28 Prozent) als der Anteil der Männer (acht Prozent). Dabei gab es Unterschiede zwischen den Anteilen weiblicher und männlicher Teilzeitbeschäftigter, abhängig von den Berufsgruppen. So gab es die geringsten Unterschiede zwischen den Anteilen von Teilzeitbeschäftigten an der weiblichen und männlichen Erwerbstätigkeit in den Kategorien Führungsberufe (zehn Prozent Frauen gegenüber drei Prozent Männern) und Anlagen- und Maschinenführer (13 Prozent bei Frauen gegenüber fünf Prozent bei Männern). Auf Länderebene verzeichneten Frauen in allen EU-Ländern den höheren Anteil von Teilzeitbeschäftigten an allen Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 64 Jahren, außer in Rumänien, wo der Anteil der Männer höher war: vier Prozent Männer gegenüber drei Prozent Frauen. Die Niederlande verzeichneten den höchsten Anteil an Frauen, die Teilzeit arbeiten, 63 Prozent der Gesamtbeschäftigung gegenüber 24 Prozent bei Männern, und den größten Unterschied zwischen Frauen und Männern (39 Prozentpunkte). Die anderen EU-Länder mit den größten Unterschieden zwischen Frauen und Männern waren Österreich mit 39 Prozentpunkten, gefolgt von Deutschland mit 37 Prozentpunkten.

8. Erwerbstätige in Deutschland arbeiteten 61,10 Milliarden Stunden

Das Arbeitsvolumen stieg 2022 um 1,4 Prozent. 2019, vor der Covid-19-Pandemie, lag es um 1,6 Prozent niedriger. Dies geht aus der am 7. März 2023 veröffentlichten Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Die Arbeitszeit je erwerbstätiger Person stieg um 0,1 Prozent auf 1.341 Stunden und liegt 2,3 Prozent unter dem Vor-Corona-Niveau. Die Zahl der Erwerbstätigen ist 2022 im Vorjahresvergleich um 590.000 Personen deutlich gestiegen. Mit einem Jahresdurchschnitt von 45,57 Millionen Erwerbstätigen wurde ein neuer Rekordwert erreicht. „Die Beschäftigung hat ihren Aufwärtstrend nach der Pandemie fortgesetzt. Ein Zuwachs von mehr als einer halben Million Erwerbstätigen in einem krisenhaften Jahr ist bemerkenswert“, so Enzo Weber, Leiter des IAB-Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“. Dabei ist die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten 2022 mit zwei Prozent stärker gestiegen als die der Vollzeitbeschäftigten mit 1,3 Prozent. Dies liegt auch an einem Beschäftigungszuwachs in Branchen mit einem hohen Teilzeitanteil wie dem Gastgewerbe oder dem Bereich Erziehung und Unterricht. Besonders stark ist auch das Beschäftigungswachstum bei den Nebenjobs. 2022 gingen erstmals mehr als zehn Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer solchen Tätigkeit nach. Mit 4,26 Millionen Beschäftigten, die 2022 eine Nebentätigkeit ausübten, wurde ein neuer Höchstwert erreicht. Nach ersten Hochrechnungen sank die Kurzarbeit im Jahresdurchschnitt 2022 im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 1,42 Millionen auf 429.000 Personen. Zum Jahresende lag sie nur noch leicht über dem Vorkrisenniveau. Der Großteil der Kurzarbeit entfiel zuletzt auf Beschäftigte aus dem Produzierenden Gewerbe.

9. Ausgaben für Digitalisierung im Mittelstand steigen 2021 auf Höchstwert

Der durch die Coronapandemie ausgelöste Digitalisierungsschub im Mittelstand hielt 2021 weiter an, wie der KfW-Digitalisierungsbericht vom 7. März 2023 zeigt. Die Ausgaben der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland für digitale Projekte steigen auf 23 Milliarden Euro (2020: 20,3 Milliarden Euro) und erreichen damit einen neuen Höchststand seit Beginn der Erhebung durch KfW Research 2016. Gegenüber diesem Zeitpunkt haben sie um insgesamt zwei Drittel zugelegt. Die Basis der kleinen und mittleren Unternehmen, die Digitalisierungsprojekte angehen, verbreiterte sich während der Coronapandemie nicht wesentlich. Mit 31 Prozent liegt der Anteil der Digitalisierer im Mittelstand 2021 knapp oberhalb des Niveaus vor Pandemiebeginn 2019 (30 Prozent), gegenüber dem ersten Coronajahr 2020 (33 Prozent) ist er etwas gesunken. Das heißt aber auch: Diejenigen, die in Digitalisierung investieren, stecken mehr Geld in die einzelnen durchgeführten Maßnahmen. Die durchschnittlichen Digitalisierungsausgaben eines mittelständischen Unternehmens legen kräftig zu von 19.900 Euro 2020 auf zuletzt 26.200 Euro. Dazu passt laut KfW, dass sich die Qualität der Digitalisierungsprojekte von vergleichsweise einfachen Krisenbewältigungsmaßnahmen des ersten Coronajahres (zum Beispiel mehr Online-Vertrieb oder digitales Marketing) verstärkt hin zu komplexen, nachhaltigeren und strategischen Projekten verlagert. Laut KfW droht eine Spaltung in digitale Vorreiter und abgehängte kleine Mittelständler dennoch mehr denn je.

10. Bewerbungsphase für die Europäischen Unternehmensförderpreise gestartet

Die Europäische Kommission prämiert jährlich innovative und erfolgreiche Maßnahmen, die Unternehmergeist und Unternehmertum fördern, mit den „Europäischen Unternehmensförderpreisen“ (European Enterprise Promotion Awards, EEPA). Der Wettbewerb ist zweistufig konzipiert: Die Gewinnerprojekte der nationalen Vorentscheide ziehen ins internationale Finale ein. Der deutsche Vorentscheid wird vom Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft (RKW Kompetenzzentrum) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz durchgeführt. Wie das RKW Kompetenzzentrum am 7. März 2023 mitteilte, können sich öffentliche Organisationen, öffentlich-private Partnerschaften sowie kleine und mittlere Unternehmen vom 7. März bis zum 5. Mai 2023 in sechs Kategorien für die EEPA im Rahmen der ersten nationalen Runde bewerben. Mitte Juni 2023 wählt eine nationale Expertenjury die zwei besten Beiträge aus, die anschließend an der zweiten internationalen Runde teilnehmen. Mehr Informationen zu den Europäischen Unternehmensförderpreisen gibt es hier.

11. Besondere Ehrung für 16 Projekte – Verleihung des Deutschen Lesepreises

25.000 Euro Preisgeld, 16 Preisträgerinnen und Preisträger, sechs Kategorien – der Deutsche Lesepreis, eine Initiative von Stiftung Lesen und der Commerzbank-Stiftung, ist seit zehn Jahren eine Instanz der Sprach- und Leseförderung. Die diesjährige Preisverleihung fand am 7 März 2023 in Berlin statt. Der Preis honoriert herausragenden Einsatz für die Förderung von Kindern und Jugendlichen in den Kategorien „Individuelles Engagement“, „Kommunales Engagement“, „Sprach- und Leseförderung in Kitas“, „Leseförderung an Schulen“ und „Leseförderung mit digitalen Medien“. Zudem wird ein Sonderpreis für prominentes Engagement der Commerzbank-Stiftung vergeben. Der Preis wird unterstützt von Claudia Roth MdB (Bündnis 90/Die Grünen), Schirmfrau und Staatsministerin für Kultur und Medien, sowie den weiteren Kategoriepartnern Arnulf Betzold GmbH, Deutscher Städtetag und Deutsche Fernsehlotterie, FRÖBEL e. V. und PwC-Stiftung. Seit vielen Jahren unterstützt der BFB die Stiftung Lesen, zum Beispiel bei der Organisation des Vorlesetages, denn Lesen öffnet das Tor zur Welt, besonders für junge Menschen und die Freiberuflerinnen und Freiberufler von morgen.

12. BFB weist hin: 10.000 Preisgeld – Ordnungspolitischer Preis von DIE FAMILIENUNTERNEHMER ausgeschrieben

Der Verband DIE FAMILIENUNTERNEHMER vergibt den Ordnungspolitischen Preis 2023, dotiert mit einem Preisgeld von 10.000 Euro. Zielgruppe sind Veröffentlichungen, die eine politische Maßnahme der jüngeren Vergangenheit auf ihre ordnungspolitischen Auswirkungen hin beschreibt und analysiert. Teilnehmen können Journalistinnen und Journalisten, Wissenschaftlerin und Wissenschaftler sowie Angehörige anderer Berufe. Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige Jury. Die Jury berücksichtigt bereits veröffentlichte Presseartikel, Multimedia-Beiträge (zum Beispiel Audio, Video) und wissenschaftliche Arbeiten, die politische Maßnahmen des laufenden Jahres auf ihre ordnungspolitischen Auswirkungen (positiv oder

negativ) untersuchen und beschreiben oder neue ordnungspolitische Ideen in den öffentlichen Diskurs einbringen. Stichtag ist der 31. März 2023, weitere Informationen finden Sie hier.